

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wortführer: Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vereins-Vorstände)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 24.

Berlin, Sonnabend, 29. April 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Terrorismus. — Vierte ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Frauen und Mädchen. — Der 1. Mai. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Terrorismus.

Eine der höchlichsten und widerwärtigsten Erscheinungen in der Arbeiterbewegung ist es, daß Arbeiter, die selbst die Schwere des Kampfes ums Dasein kennen, sich nicht scheuen, Standesgenossen, die eine andere Meinung und Auffassung haben, deshalb verächtlich zu behandeln, sie auf jede Weise zu drangalieren und gar aus Lohn und Brot zu bringen. Diese Fälle sind leider gar nicht selten und geben namentlich der Presse der nicht-sozialdemokratischen Organisationen häufig Anlaß zur Kritik. Daraus schöpfen die Tageszeitungen ihr Material und besprechen es in mehr oder weniger verständnisvoller Weise. Auf alle Fälle aber werden diese Dinge von den Scharfmachern begierig aufgegriffen als Beweis für die Notwendigkeit von Zuchtmaßregeln und ähnlichen Ausnahmebestimmungen gegen die Arbeiter. Auch bei den letzten Reichstagsverhandlungen hat der Terrorismus eine Rolle gespielt. Lang und breit hat man sich darüber unterhalten, ein gefundenes Freisen namentlich auch für alle diejenigen, welche jetzt die Reform des Strafrechts dazu benutzen möchten, auf Umwegen alle möglichen Fallen und Fankelgarnen für die Arbeiterchaft hinzuzumogeln.

Wenn diese reaktionären Pläne Erfolg haben, so tragen die Verantwortung nicht die Blätter, die solche Terrorismusfälle brandmarken, sondern diejenigen Elemente, die ihnen dazu Veranlassung geben, die den Terrorismus üben. Und die sind in der Hauptsache in den Kreisen der „freien“ Gewerkschaften zu suchen. Die Worte „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ führt man zwar im Munde, in Wirklichkeit aber handelt man nach dem Grundsatz: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“ Das soll natürlich nicht wahr sein. Die freisten Terrorismusfälle werden von jener Seite entweder rundweg abgeleugnet oder möglichst zu beschönigen versucht. Tatsächlich aber weiß man auch in den führenden Kreisen, wie brutal und rücksichtslos die „Genossen“ gegen Andersdenkende vorgehen, wenn man es auch nicht zugibt.

Freilich das böse Gewissen macht sich hin und wieder doch bemerkbar. Das zeigt so recht der Leitartikel „Gewerkschaftlicher Terrorismus?“ in Nr. 16 der „Solgarbeiter-Zeitung“, des Organs des „frei“-gewerkschaftlichen Solgarbeiterverbandes. Darin wird u. a. erzählt, daß bisweilen Leute, die selbst vor dem brutalsten Terrorismus nicht zurückschrecken, wahre Krokodilstränen vergießen, wenn organisierte Arbeiter andere an ihre Koalitionspflicht erinnern. Als Typus wird der Freiherr v. Stumm angeführt, von dem die „Solgarbeiter-Zeitung“ mit Recht sagt, daß er „keine Arbeiter gewissermaßen in einen Schraubstock einspannte, und jedes persönliche Selbstbestimmungsrecht bei ihnen zu erdrosseln suchte. Er schrieb ihnen vor, welchem Verein sie angehören, welche Zeitung sie lesen, welche Wirtschaft sie besuchen und bei welchem Krämer sie kaufen durften; er nahm ihnen jegliche Freiheit, und selbst wenn sie heiraten wollten, mußten sie erst bei ihm um Erlaubnis bitten.“

So handelte Freiherr v. Stumm tatsächlich. Aber machen es denn die „Genossen“ anders? Den Geiratskonsens allerdings braucht man noch nicht von der sozialdemokratischen Parteileitung zu erwirken. Im übrigen aber schreiben auch die füh-

renden „Genossen“ genau vor, „welchem Verein die Arbeiter angehören, welche Zeitung sie lesen, welche Wirtschaft sie besuchen und bei welchem Krämer sie kaufen sollen.“ Also rechter Sand, linker Sand, alles vertauscht. Die Beweisführung erscheint denn auch der „Solgarbeiter-Zeitung“ selbst nicht recht stichhaltig und ausreichend, „da man sich ja gar nicht dadurch gegen eine Beschuldigung verteidigen kann, daß man behauptet, auch andere Leute hätten sich dergleichen Handlung schuldig gemacht.“ Deshalb bemüht sie sich, der Sache etwas tiefer auf den Grund zu gehen und stellt fest, daß die Absicht der organisierten Arbeiter, ihre unorganisierten Kollegen zum Eintritt in die Gewerkschaft zu zwingen, durchaus berechtigt sei.

So ohne weiteres können wir diesen Grundsatz nicht anerkennen, wenn auch zugegeben werden muß, daß eine moralische Verpflichtung für jeden Arbeiter besteht, einer Organisation anzugehören. Denn darin hat die „Solgarbeiter-Zeitung“ zweifellos recht, daß man sich organisieren muß, wenn man etwas erreichen will, und daß die Organisation die stärkste Waffe ist im Kampfe um materielle oder ideelle Zwecke. Dadurch, daß die Arbeiter der Gegenwart sich bewußt und planmäßig auf den Boden des Organisationsgebantens stellen, beweisen sie ihre geistige und moralische Reife und dadurch, daß sie für ihre Organisationspropaganda machen, vollbringen sie eine Kulturtat ersten Ranges. Denn es trifft durchaus zu, daß wenn sich die Arbeiter zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und zur Steigerung ihrer Lebenshaltung zusammenschließen, sie Opfer mannigfaltigster Art bringen, Disziplin und Solidarität üben und auf einen Teil ihrer persönlichen Freiheit verzichten müssen. Und wenn dann die organisierten Arbeiter auf diese Weise Erfolge erzielen, dann kommen diese fast immer allen Arbeitern zugute. Da kann man es den Organisierten in der Tat nicht verdenken, wenn sie verlangen, daß auch die Unorganisierten mitarbeiten sollen an der Hebung der Lebenshaltung. „Wer die Früchte genießen will, der muß auch mit säen und ackern; wer sich mit an den Tisch setzen will, um zu speisen, der muß vorher dazu beigetragen haben, daß der Tisch gedeckt werden kann.“

Diesem Gedankengang der „Solgarbeiter-Zeitung“ muß man sich anschließen. Der Kampf gegen den Indifferentismus, gegen die Gleichgültigkeit der Unorganisierten muß mit aller Energie geführt werden. Aber als Waffe in diesem Kampfe sehen wir nicht den Zwang an, sondern Aufklärung und Belehrung, und wenn die verschiedenen Organisationsrichtungen nicht ihre Kräfte in gegenseitigen Kämpfen zerplitterten, sondern sie ungezwungen verwenden könnten zur Agitation unter den Unorganisierten, dann würde das Meer der Indifferenten viel leichter geschwächt werden können.

Aber der Terrorismus der Verbändler, über den so häufig und mit Recht Klage geführt wird, richtet sich in der Mehrzahl der Fälle gar nicht gegen Unorganisierte, sondern gegen Andersorganisierte. Namentlich die Mitglieder unserer Deutschen Gewerksvereine haben schwer darunter zu leiden. Auf sie trifft alles das nicht zu, was die „Solgarbeiter-Zeitung“ schreibt. Und doch ist der von den „Genossen“ gegen unsere Mitglieder oftmals geübte Terrorismus viel brutaler, als wenn es sich um unorganisierte Arbeiter handelte. Wie oft haben wir nicht im Laufe des letzten Jahres allein mitteilen müssen, daß die Verbändler den Arbeitsnachweis in ihre Hände zu bekommen versuchten, um auf diese Weise alle Arbeiter, auch unsere Mitglieder, zu zwingen, in den Verband ein-

zutreten, oder aber Sungen und Glend preisgeben zu werden! Wie oft haben wir nicht berichten müssen, daß die „Genossen“ die Arbeit niederlegten, wenn der Unternehmer sich weigerte, einen Gewerksvereinskollegen, der nicht zum Verbands übertreten wollte, zu entlassen. Wir wollen auf die Einzelfälle heute nicht eingehen; in Verlegenheit können wir deswegen wahrlich nicht. Unsere Mitglieder sind organisiert, sie bringen die Opfer, die ihnen die Organisationszugehörigkeit auferlegt, freudig, und sie haben oft genug Schulter an Schulter mit den Verbändlern gekämpft. Sie haben, um mit der „Solgarbeiter-Zeitung“ zu reden, mitgedient und mitgearbeitet und vorher mit dazu beigetragen, daß der Tisch gedeckt werden kann. Auf sie also trifft die Beweisführung der „Solgarbeiter-Zeitung“ nicht zu. Das Blatt hütet sich denn auch sehr wohl, etwas über den Terrorismus zu schreiben, der gegen Andersorganisierte verübt wird. Denn dafür dürfte es schwer sein, eine Entschuldigung zu finden. Es mag sein, daß die „Solgarbeiter-Zeitung“ demnächst erklärt, solche Terrorismusfälle gebe es gar nicht oder doch nur selten. Das trifft aber nicht zu. Fast täglich kommen uns Fälle zu Ohren, daß die „Genossen“ Mitglieder unserer Organisation in den Verband zu zwingen versuchen. Gewiß, wenn man durch überzeugende Gründe jemand zum Uebertritt aus einer Organisation in die andere bewegt, so kann dagegen nichts eingewandt werden. Wo aber mit Gewalt und mit den brutalsten Mitteln gearbeitet wird, da muß entschieden dagegen Verwahrung eingelegt und gegebenenfalls auch derjenige zur Verantwortung gezogen werden, der vor der Meinung und Ueberzeugung des anderen keinen Respekt hat. Die „Solgarbeiter-Zeitung“ wirft zum Schluß denjenigen, die den gewerkschaftlichen Terrorismus beurteilen, Scheiterei vor; sie sollte etwas vorsichtiger sein, denn dieser Vorwurf könnte ihr leicht zurückgegeben werden. Außerdem aber würde die Gewerkschaftspresse alle diese Erörterungen überflüssig machen, wenn sie ihre Mitglieder so erzöge, daß sie Andersdenkenden gegenüber Toleranz zu üben lernen, und wenn sie die tatsächlich so häufig vorkommenden Uebergriffe der „Genossen“ nicht beschönigte und entschuldigend, sondern so beurteilte, wie sie es verdienen. Damit würde nicht allein die Achtung vor der Arbeiterbewegung gehoben, sondern auch die Arbeiterchaft vor Ausnahmegesetzen bewahrt, unter denen mit den Schuldigen auch die Unschuldigen leiden müssen.

Vierte ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Frauen und Mädchen.

(Schluß.)

Eine lebhafte Debatte über den Vortrag, an der sich namentlich Frau Much, Frau Wilhelm, Frau Seimberger und der Verbandssekretär Neustedt beteiligten, leitete zur Beratung der Anträge zum Statut über. Zur Sicherung eines Legats, das freilich erst für eine spätere Zeit für den Verein zu erlangen ist, mußte die Rechtsfähigkeit des Vereins möglich gemacht werden. Zu diesem Zweck wurde das Statut geändert und die sozialpolitischen Bestrebungen sowie die Unterstützungseinrichtungen einem besonderen Verein bezw. Reglement überwiesen. Ueber die Anträge zum Statut referierte die Geschäftsführerin Frau Rosenqarth. — Der Beitrag wurde für eintretende Mitglieder einheitlich auf 15 Pf. pro Woche festgesetzt, um nach und nach zu einheitlichen Beiträgen und Leistungen zu kommen. Die alten Mitglieder können in der ersten Stufe mit einem

Beitrag von 10 Pf. pro Woche verbleiben. Eine Erhöhung der Leistungen wurde für die Wächnerinnenunterstützung insofern beschlossen, als die Mitglieder der zweiten Stufe jetzt 10 Mark Unterstützung erhalten. Alle weiteren Erhöhungen wurden abgelehnt. Die ungünstige Konjunktur der letzten drei Jahre hat die Kasse nicht zur genügenden Entlastung kommen lassen. Die Referentin hatte in ausführlicher Weise durch entsprechende Tabellen die Tragweite der Anträge den Delegierten klargestellt. Ein Antrag, die Generalversammlung nur alle fünf Jahre stattfinden zu lassen, wurde abgelehnt; die Generalversammlung findet alle drei Jahre am Sitz des Vereins statt. Der Hauptvorstand hat das Recht erhalten, zu den Kosten der Generalversammlung die Mitglieder mit einer Delegiertensteuer von 25 Pf. heranzuziehen. Das Organ „Die Arbeiterin“ soll in dem bisherigen Format monatlich zweimal erscheinen. Mit dem Inhalt des Organs erklärten sich die Delegierten vollständig einverstanden; doch sollen in Zukunft die Vereine mehr zur Mitarbeit am Organ angehalten werden. Wichtige Beschlüsse des Hauptvorstandes werden in Zukunft in der „Arbeiterin“ zur Veröffentlichung gelangen. Die Agitation soll in Zukunft tatkräftiger betrieben werden. Zur Schaffung von Mitteln für die Agitation soll die beschlossene Herausgabe von Agitationsmarken zum Preise von 10 Pf. dienen. Die auswärtigen Hauptvorstandsmitglieder haben in Zukunft die Verpflichtung, die ihnen benachbarten Vereine und deren Entwicklung im Auge zu behalten. Die Ortsvereine werden deshalb in Bezirke eingeteilt.

Ueber die Anträge zum Beihilfefonds referierte Frau Donat-Döbeln. Dem Antrag, Mitglieder im Alter von 45-50 Jahren gegen Beibringung eines Gesundheitsattestes die Aufnahme zu gestatten, wurde zugestimmt. Ferner wurde eine zweite Stufe geschaffen, die bei einem Beitrag von 20 Pf. 6 M. Krankengeld in der gleichen Höhe gewährt. Ein- und Uebertritt zur II. Stufe ist nur bis zum Alter von 45 Jahren gestattet. Trotzdem der Beihilfefonds sehr gut gearbeitet hat, wurde von einer Erhöhung der Leistungen gleichfalls abgesehen. Es soll erst ein größeres Grundkapital geschaffen werden. Die allgemeinen Anträge, über die Frau Much-Danzig referierte, brachten eine längere Debatte über das Verhalten der männlichen Verbandskollegen zum Gewerkeverein der deutschen Frauen und Mädchen. Während einzelne Abgeordnete über die Konkurrenz der Männervereine und die mangelnde Unterstützung der Verbandsangehörigen lebhaftest Klagen führten, wurde andererseits die fleißige Mitarbeit und Unterstützung der Verbandskollegen in einer ganzen Anzahl von Orten gern anerkannt und lobend hervorgehoben. Eine gemeinsame Arbeit der Vereine soll überall versucht und in die Wege geleitet werden. Die Männer müssen mehr für die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Frauenorganisation interessiert werden.

Als Geschäftsführerin wurde Frau Rosenkath-Berlin einstimmig wiedergewählt. In den Hauptvorstand wurden gleichfalls einstimmig wiedergewählt Frau Wilhelm als 1. und Fr. Brennenstuhl als 2. Vorsitzende, zu Beisitzerinnen wurden gewählt: Fr. Sah, Fr. A. Urban, Fr. A. Eichler und Fr. Radlach. Als auswärtige Hauptvorstandsmitglieder wurden gewählt: Frau Seimberger-Dresden, Frau Donat-Döbeln, Frau Lürk-Galle, Frau Samies-Gotha, Frau Krause-Riegnitz und Fr. Meyer-Danzig. Die Wahl zu Hauptreferentinnen fiel auf Frau Brede, Frau Hüttig und Fr. Urban. Als Stellvertreterinnen für den Hauptvorstand wurden schließlich noch gewählt: Frau Lehmann, Fr. Schumacher, Geschwister Springer, Frau Neustedt, Frau Levnhardt und Frau Scheffler.

Nach Beendigung der Wahlen dankte Frau Donat-Döbeln dem Hauptvorstand für seine bisherige Tätigkeit und hob besonders die rege und unermüdete Arbeit der Geschäftsführerin hervor. Der Tätigkeit der Frau Rosenkath sei besonders Dank und Anerkennung zu zollen. Auch der Mitarbeit und der Unterstützung des Verbandsvertreters bei den Verhandlungen wurden anerkennende Worte geschwidmet. Schließlich sprach Frau Seimberger-Dresden dem Vorstande für die umsichtige Leitung der Generalversammlung den Dank der Delegierten aus, und dann ging nach einem ansehnlichen Schlussworte des Verbandsvertreters die Generalversammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterinnenbewegung und den Verein der deutsch Frauen und Mädchen auseinander.

Die Verhandlungen waren stets von gesonnenhaftem Geiste getragen; die Delegierten waren

mit großem Eifer bei der Sache. Trotzdem kam bei der Wortmeldung jene Einschränkung zum Ausdruck, die deutlich erkennen ließ, daß es den Delegierten nicht darauf ankam, daß geredet, sondern was geredet wurde. Auch bei den Abstimmungen und der Stellung zu den Anträgen herrschte stetig Einmütigkeit. Es wurde sehr viel Wert auf die Möglichkeit der Durchführung der anzunehmenden Anträge gelegt. Mit Eifer werden die Delegierten an die Verbreitung der wirklich guten Gedanken, die auf der Generalversammlung zum Ausdruck kamen, in den einzelnen Vereinen gehen. Die Ueberzeugung und die Begeisterung werden sich auf die Mitglieder übertragen, und wenn dann auch die Verbandsangehörigen der Organisation der Frauen regeres Interesse entgegenbringen, wird sich die Arbeiterinnenbewegung innerhalb der Deutschen Gewerkevereine gut entwickeln. F. R.

Der 1. Mai.

Seit jeher ist der 1. Mai ein Tag der Freude und wohnigen Träume gewesen. Lust und Jubel herrschen fast in allen Kreisen; Volksfeste werden gefeiert, alte Gebräuche erneuert. Als wahrer Maientag ist er nur verfaßt den Finsterlingen, die Feinde des Lichts und jeglichen Erblühens sind. Auch der Sozialdemokratie dient der 1. Mai dazu, ihre verwirrenden Reden in verklärtem Maße vom Stapel zu lassen. Aus ihrer alten Kükammer holt sie die stumpf gemordenen Waffen des Klassenkampfes hervor; all die überlebten und hundertmal widerlegten Programmpunkte müssen erhalten, um der Verheißung neue Blut und frisches Feuer zu liefern. Undächtig lauschen in den Versammlungen, um einen Auspruch v. Elms zu gebrauchen, „die unverständigen Massen“ den Führern; man berauscht sich an Wrasen und sieht im Geiste den niemals Wirklichkeit werdenden Zukunftsstaat entstehen. Alles stonndie!

Die sogenannte Maifeier hat eine wechselreiche Vergangenheit. Auf dem internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongress, der 1889 in Paris tagte, beschloß man, daß in Zukunft am 1. Mai in allen Ländern die Arbeiter an die öffentlichen Gehalten die Forderung auf Einführung des Achtstundentages zu richten haben. Der Gewanke selbst ist also an sich ein guter; denn auch wir halten die Erreichung des Achtstundentages für ein erstrebenswertes Ziel. Wie bei allen sozialdemokratischen Beschlüssen jedoch war man sich auch hier nicht darüber klar, wie man nun diesen Tag feiern sollte, und seit dem Tage des Beschlusses streiten sich verantwortliche Politiker und verantwortliche Gewerkschaftsführer über die Frage: Soll der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden, oder sollen wir uns nur abends an den Reden ergötzen? Der Einfluß der radikalen Elemente und der von ihr beherrschten Presse war stärker als der der Gewerkschaftsführer, und heute hält es jeder wirklich „zielbewußte“ Sozialdemokrat für seine Pflicht, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Das Erstarken der Arbeitgeberorganisationen gestattete aber das Feiern am 1. Mai zu einer für die Gewerkschaften kostspieligen Sache. Die Unternehmer beantworteten die Arbeitsruhe am 1. Mai mit Aussperrungen und hohen Geldstrafen, und diese Maßnahmen haben den Eifer der Zielbewußten bedeutend abgekühlt. Die stärksten Gewerkschaften agitierten gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai. Der Metallarbeiterverband, der Holzarbeiterverband, Führer des Bergarbeiterverbandes verhöhnten und verulken die jegliche Art der Maifeier. Statistisch weisen sie nach, wie gering die Beteiligung ist, im Gegensatz zu der sozialdemokratischen Presse, die von einer ständigen Ausdehnung zu berichten weiß. Man zählt die Radenschläge auf, die der Arbeiterschaft durch die Maifeier beigebracht wurden, und die Berliner Metallarbeiter erklären: „Die gelben Gewerkschaften sind ein Produkt der Maifeier.“ Leimpekers, ein Führer des Bergarbeiterverbandes, bezeichnet die Maifeier als „einen abgerackerten Gaul“; Bringmann, der Zimmerer, erklärt: „Nach meiner Erfahrung hat bisher die Arbeitsruhe am 1. Mai in den Gewerkschaften gewirkt wie ein Fremdkörper im menschlichen Organismus“, und der Führer des Holzarbeiterverbandes kennzeichnet den vollständigen Bankrott der Maifeier in dem Satz: Die Maifeiergeschichte habe den Verband von Blamage zu Blamage geführt! Eine Anzahl Gewerkschaften hatte ihren Mitgliedern die Arbeitsruhe am 1. Mai durch Beschluß fast unmöglich gemacht; wer trotzdem feiert, muß die Folgen selbst tragen.

Dies paßt den Radikalen natürlich nicht, und sie ziehen die Schale des Bornes aus über die vermeintlichen Gewerkschaftsführer, die jedes proletarische Fühlen und Empfinden verloren haben jollen.

Auch dieser Kampf wird sich zugunsten der verständigen Arbeiter entscheiden. Die Wrasendrescher werden eines Tages allein auf weiter Flur stehen, und von der Maifeier, wie diese Elemente sie haben wollen, wird es heißen: „Es war einmal!“

Und so muß es kommen. Denn es wird da zu beitragen, die Situation zu klären und dem Arbeiter zu zeigen, wie vergänglich die sozialdemokratischen Forderungen sind. G. M.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 28. April 1911.

Der Gewerkeverein der Konditoren, Pfefferkühler, Bäcker und verwandten Berufsgenossen läßt zu seinem am 30. Juli stattfindenden Delegiertentag ein. Dieses kleine Glied unserer Gesamtorganisation hat unter recht schwierigen Verhältnissen zu kämpfen. Die Berufsgenossen arbeiten meist vereinzelt oder doch nur in geringer Zahl zusammen, so daß schon dadurch die Agitation ungemein erschwert wird. Das Kost- und Logiswesen im Hause des Meisters trägt ebenfalls dazu bei. Dazu kommt ferner, daß die Arbeitgeber es verstanden haben, gelbe Organisationen ins Leben zu rufen. Alle diese Umstände haben es mit sich gebracht, daß unser Gewerkeverein nicht so vorwärts gekommen ist, wie es im Interesse der Sache wünschenswert gewesen wäre. Allerdings tragen auch die Verbandskollegen daran einen Teil der Schuld. Sie haben den Gewerkeverein der Konditoren nicht immer und überall so unterstützt, wie es die Verbandsgemeinschaft erfordert. Das muß jetzt unbedingt anders werden. Es muß möglich sein, dem Gewerkeverein der Konditoren bis zu seinem Delegiertentage noch eine stättliche Anzahl von neuen Mitgliedern zuzuführen, und dazu müssen alle Verbandskollegen Hand ans Werk legen. Bei gutem Willen wird es auch gelingen, neue Mitkämpfer zu gewinnen. Das erforderliche Agitationsmaterial wird vom Hauptgeschäftsführer des Gewerkevereins der Konditoren, Kollegen Otto Rudolf, Reinickendorf-Di bei Berlin, Seestraße 3, 1, gern zur Verfügung gestellt. Soffentlich machen die Verbandskollegen von diesem Anerbieten ausgiebigen Gebrauch! Der alte Grundsatz der Deutschen Gewerkevereine „Einer für alle und alle für einen“ muß auch hier in die Tat umgesetzt werden. Darum frisch ans Werk!

Von den Verbands-Adressenverzeichnissen ist noch ein kleiner Vosten übrig, der denjenigen Ortsverbänden und Ortsvereinen, die bisher noch keine Bestellungen gemacht haben, zur Verfügung steht. Kein Vorstand, dem an der ordnungsgemäßen Erledigung der Korrespondenz etwas gelegen ist und der auch die im Interesse unserer Bewegung so dringend notwendige Agitation erfolgreich fördern will, kann das Adressenverzeichnis entbehren. Deshalb kann den säumigen Ortsvereinen und Ortsverbänden nur dringend empfohlen werden, schleunigst sich noch in den Besitz eines Adressenverzeichnisses zu setzen. Bestellungen sind umgehen d unter gleichzeitiger Einfindung des Betrages von 20 Pf. pro Stück an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Greifswalderstraße 221/223, zu richten. Gleichzeitig werden diejenigen Kassierer, die Adressenverzeichnisse bestellt und erhalten, aber noch nicht bezahlt haben, dringend ersucht, ihren Pflichten nachzukommen und die restierenden Beträge sofort einzulösen.

5. ordentliche Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse des Gewerkevereins der Deutschen Textilarbeiter. Im Anschluß an den 14. Delegiertentag des Gewerkevereins fand in Krefeld auch die 5. ordentliche Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse statt. Die Rechnungssabslüsse der Hauptkassen für die Jahre 1908, 1909 und 1910 erstattete der Hauptkassierer Max Bierhuber-Spremsberg. In der Krankenkasse betragen die Einnahmen im Jahre 1908 12 402,80 M., 1909 12 910,32 M., 1910 12 200,40 M.; die Mitgliederzahl 1908 1352 männliche, 806 weibliche, 1909 1543 männliche, 851 weibliche, 1910 1765 männliche, 1002 weibliche; der Revisionsfonds betrug Ende 1908 33 345,99 M., 1909 33 695,82 M., 1910 34 057,32 M.; der Kassenbestand Ende 1908 3056,41 M., 1909 3472,99 M., 1910 3337,59 M. In der Begräbniskasse (Sterbekasse) betragen die Einnahmen 1908 9120,97 M., 1909 9869,42 M., 1910 8523,39 M. Bei der Sparkasse belegt wurden 1908

1985,73 Mark, 1909 575,18 Mark, 1910 553,84 Mf., an die Krankenkasse überwiesen 1908 2846,40 Mf., 1909 3546,35 Mf., 1910 3084,12 Mf. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1908 1378 männliche, 867 weibliche, Ende 1909 1568 männliche, 902 weibliche, Ende 1910 1792 männliche, 1048 weibliche. Das Vermögen betrug Ende 1908 9257,37 Mf., Ende 1909 7532,39 Mf., Ende 1910 6457,17 Mf. Die Gesamtausgabe der Hilfskasse betrug 1906 37 908,57 Mf., 1907 35 359,14 Mf., 1908 35 848,24 Mf., 1909 35 702,11 Mf., 1910 37 580,34 Mf.; die durchschnittliche Jahresausgabe der letzten fünf Jahre 36 479,63 Mf. Der Reservefonds hat demnach die geforderte Höhe nicht ganz. Aus diesem Grunde und da die Generalversammlung von einer Erhöhung der Beiträge Abstand nehmen zu müssen glaubte, wurden alle Anträge auf Verlesung der Kasse abgelehnt. Ein Antrag, die Entschädigung für die Kassenrevisoren in der Kranken- und Begräbniskasse — sie wird wie im Gewerksverein vom Vorsitzenden und Schriftführer ausgeübt — fortfallen zu lassen, wurde angenommen. Weiter wurde auf Antrag des Hauptvorstandes beschlossen zu § 69: „Der hiernach (nach Auflösung der Kasse und Erledigung aller gesetzlichen Verbindlichkeiten) verbleibende Rest des Kassenvermögens wird dem Gewerksverein der deutschen Textilarbeiter (Girch-Dunder) zur Unterstützung seiner Mitglieder in Krankheits- und Erbfällen überwiesen.“ Ein anderer Antrag des Hauptvorstandes „Die ordentliche Generalversammlung findet alle fünf Jahre am Vororte der Kasse statt“, fand gleichfalls Annahme.

Zum Vorort der Kasse wurde Spremberg einstimmig wiedergewählt, ebenso die geschäftsführenden Beamten: Carl Ulrich als Vorsitzender, Kurt Reichelt als Hauptgeschäftsführer und Max Bierhub als Hauptkassierer, sowie die übrigen Vorstandsmitglieder und die Hauptkassenrevisoren wie im Gewerksverein.

Eine namentliche Abstimmung ergab volle Einmütigkeit über alle gefassten Beschlüsse. Der Hauptvorstand wurde außerdem ermächtigt, alle von der Aufsichtsbehörde etwa geforderten anderweitigen Statutenänderungen selbständig vorzunehmen.

Ueber das Versicherungsrecht für Privatangehörige macht eine offizielle Korrespondenz die Mitteilung, daß der Reichstag bei der Wiederaufnahme seiner Arbeiten die Vorlage bereits vorfinden würde. Wahrscheinlich würde aber die erste Lesung des Entwurfs erst in der geplanten Herbsttagung stattfinden können, da der Reichstag vorläufig mit dem Einführungsrecht zur Reichsversicherungsordnung und der zweiten Lesung der letzteren vollständig in Anspruch genommen ist. Bei diesem Arbeitsplan würden die Sommermonate Zeit bieten, den Versicherungsentwurf mit seinen letzten Änderungen in Bezug auf die Zulassung von Erbschaften eingehend zu prüfen. Die Korrespondenz fügt dann noch hinzu, daß es dann auch möglich sein werde, die Frage zu entscheiden, ob die Lösung der Privatbeamtenversicherung durch einen Ausbau der Invalidenversicherung zu ermöglichen ist. Es wird angenommen, daß die Begründung der Vorlage in dieser Beziehung wichtige neue Momente zur Entscheidung der Frage bringen wird.

Die letzten Bemerkungen klingen etwas schleierhaft. Immerhin ist es erfreulich, daß man wenigstens die Möglichkeit eines Ausbaues der Invalidenversicherung erörtern will. Wenn man sich mit den sachverständigen Kreisen der Privatangestellten in Verbindung setzen würde, würden diese sicherlich in der Lage sein, durchschlagende Beweise zu erbringen für die Möglichkeit, die Privatangestelltenversicherung im Anschluß an die Invalidenversicherung durchzuführen.

Arbeiterbewegung. Der Kampf in der Chemnitzer Metallindustrie kann als beendet gelten. Die Arbeiter haben in ihren Versammlungen die von der Behörde gemachten Einigungsversuche angenommen, und zwar mit 1724 gegen 684 Stimmen. Die Arbeit ist bereits am heutigen Donnerstag wieder aufgenommen worden. Nur für den Zimmerischen Betrieb, der dem Fabrikantenverband nicht angehört, sollen noch besondere Verhandlungen stattfinden. Erreicht wurde im wesentlichen eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um vier Stunden, eine Lohnerhöhung für die am schlechtesten bezahlten Hilfsarbeiter und ein Zuschlag von 20 Prozent für Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Alles dies hätte früher festgelegt werden können, ohne daß erst so große wirtschaftliche Verluste erlitten werden mußten, wenn die Unternehmer etwas mehr Einsicht und Entgegenkommen gezeigt hätten. — Die Firma

Schickau in Danzig hatte sich ursprünglich bereit erklärt, mit den Arbeitern über die Beilegung der Differenzen zu verhandeln. Sie muß sich aber eines anderen besonnen haben, denn sie hat dem Arbeiterausschuß plötzlich mitgeteilt, daß für sie keine Veranlassung vorliege, Änderungen in der Arbeitsordnung zu machen. Die gestellten Lohnforderungen könnten nicht bewilligt werden, überhaupt könnten Lohnerhöhungen bei der mangelhaften Beschäftigung nicht in Frage kommen; zu den alten Bedingungen könne die Arbeit jederzeit wieder aufgenommen werden. Daraufhin haben die Arbeiter die Fortsetzung des Kampfes beschlossen, an dem über 1400 Streikende und Ausgesperrte beteiligt sind. — In Krefeld befinden sich die Sammtweber in einer Lohnbewegung. Die bisherigen Verhandlungen zwischen den Ausschüssen der Fabrikanten und der Arbeiter haben ein Ergebnis noch nicht gehabt, da die Unternehmer ohne Rücksicht auf die Forderungen der Arbeiter eine vollständig neue Lohnliste vorlegten. Der Ausgang der Bewegung läßt sich noch nicht übersehen. — Der Streik der Arbeiterinnen in der Glühlampenfabrik Bergmann in Berlin dauert unverändert fort, da die Arbeiterinnen die Zugeständnisse der Direktion als zu gering ablehnten. — In Dresden befinden sich die städtischen Arbeiter in einer Lohnbewegung. Sie wünschen die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnerhöhung um 15 Prozent. Falls die Verhandlungen zwischen den Arbeiterausschüssen und der Stadtverwaltung über diese Forderungen ergebnislos verlaufen, wollen die Arbeiter weitere Schritte unternehmen.

In der Spinnerei Jaltis Erben in Trautena (Böhmen) sind 400 Spinnerinnen wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen in den Anstand getreten. Daraufhin hat die Firma auch die übrigen 800 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Wahrscheinlich werden sich die übrigen Spinnereibetriebe solidarisch erklären, so daß die Bewegung weitere Kreise ziehen wird.

Der Streik der Transport- und Hilfsarbeiter in der Berliner Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, der mit einer völligen Niederlage der Arbeiter geendigt hat, da sie unter den ungünstigsten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen mußten, läßt das Verhalten einiger „freier“ Gewerkschaften in einem recht eigentümlichen Lichte erscheinen. Bevor die Transportarbeiter in die Bewegung eintraten, gab der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes Johansen zu verstehen, daß, wenn die Firma sich ablehnend verhalten sollte, der Metallarbeiterverband auch noch da sei. Als dann aber im Vertrauen auf die Hilfe des Metallarbeiterverbandes die Transportarbeiter in den Streik traten, mußten sie die Erfahrung machen, daß sie vom Metallarbeiterverband schmähslich im Stich gelassen wurden. Nicht allein, daß die Metallarbeiterverbände ruhig weiter arbeiteten, schauten sie sich auch nicht, Arbeiten, die vorher von den Transport- und Hilfsarbeitern ausgeführt wurden, selbst zu machen. Daß sie dadurch wesentlich zum Scheitern der Bewegung beitragen, bedarf keiner Erörterung. Im gewöhnlichen Leben nennt man eine solche Handlungsweise „Streifbreherei“ verrichten.

Aber nicht einmal die im Transportarbeiterverbande selbst organisierten Arbeiter haben Solidarität geübt. Die Kraftfahrer, eine besondere Gruppe des Transportarbeiterverbandes, lehnten in einer eigens einberufenen Versammlung es ab, den Streik der Hilfsarbeiter mitzumachen, weil man sie bei Einleitung der Bewegung nicht hinzugezogen hatte. Sie haben denn auch ruhig weitergearbeitet und ebenfalls zum Mißlingen der Bewegung wesentlich beigetragen. Man kann unter diesen Umständen die Erregung der Transportarbeiter, die sich in mehreren geradezu tumultuarisch verlaufenen Versammlungen geltend machte, durchaus verstehen. Der „Wortwärts“ aber hat kein Wort der Verurteilung gegenüber den streifbrehenden „Genossen“. Wenn eine nichtsozialdemokratische Organisation so gehandelt hätte wie der Metallarbeiterverband oder wie die Kraftfahrer, dann wäre sicherlich die ganze sozialdemokratische Pressemehrheit über sie hergefallen und hätte sie als Streifbrehereiorganisation beschimpft. Wo es sich aber um die eigenen „Genossen“ handelt, da deckt man den Mantel sozialdemokratischer Liebe darüber. Man wird sich diese Vorgänge in der Berliner Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft für die Zukunft merken müssen.

Der Delegiertentag des sächsischen Ausbreitungsverbandes, der zu Ostern in Altenburg stattgefunden hat, der der sozialdemokratischen „Fränk. Tagespost“ Anlaß zu einer Anrempelung der Deutschen Gewerksvereine gegeben. Da die ge-

saunte Partei- und Gewerkschaftspresse ihre geistige Kraft aus einer gemeinsamen Garfische bezieht, darf angenommen werden, daß die Notiz auch in anderen sozialdemokratischen Blättern auftaucht, weshalb wir mit wenigen Worten darauf eingehen wollen.

Die Stellung des sächsischen Ausbreitungsverbandes zu den Tarifverträgen, die in einer Resolution festgelegt wurde, benutzte das oben genannte Blatt dazu, die Gewerksvereine als „die treuen Fiedoline des Unternehmertums“ zu bezeichnen. Mit demselben Recht könnte man diese Bezeichnung auf die „freien“ Gewerkschaften anwenden, die ja neuerdings eifrigst bemüht sind, in allen Gewerben Tarifverträge abzuschließen. Das sozialdemokratische Blatt behauptet ja auch selbst weiter, daß die Tarifverträge eine Errungenschaft der „freien“ Gewerkschaften seien. Das ist allerdings eine Unwahrheit. Der Tarifgedanke ist begründet in den Ansprüchen der Deutschen Gewerksvereine, die seit ihrer Begründung für Einigungsämter eingetreten sind und deren Prinzip es von jeher war, zunächst auf dem Wege der Verständigung und Vereinbarung mit den Unternehmern zu verhandeln. Die „freien“ Gewerkschaften dagegen betreten das Prinzip des Klassenkampfes, mit dem sich der Tarifgedanke überhaupt nicht in Einklang bringen läßt. Wenn die „freien“ Gewerkschaften heute so eifrige Anhänger der Tarifverträge sind, so haben sie sich damit den Deutschen Gewerksvereinen genähert.

Weiter erblickt die „Fränk. Tagespost“ in einer Resolution des sächsischen Ausbreitungsverbandes, in welchem der brutale Gewissenszwang gebrandmarkt wird, welcher von den sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber anders- oder nichtorganisierten Arbeitskollegen ausgeübt wird, eine „liebliche Denunziation der freien Gewerkschaften“. Das „Genossen“blatt bezeichnet die in der Resolution aufgestellten Behauptungen als ungerechtfertigt. Jrgend welcher Terrorismus wird selbstverständlich von den Verbändlern überhaupt nicht geübt. Wir müssen demgegenüber auf die zahlreichen Fälle verweisen, die wir sowohl in dieser als auch in fast jeder früheren Nummer zu veröffentlichten gezwungen waren. Im übrigen werden sich unsere Kollegen in Sachsen durch die Anrempelungen der „Fränkischen Tagespost“ in ihrer Agitation für unsere Sache nicht beeinflussen lassen. Sie werden auf ihrem durchaus richtigen Standpunkt verharren, mögen die „Genossen“ sich darüber auch noch so sehr aufregen.

Die „Aufklärungsarbeit“ der Verbändler wird durch folgende beide Fälle wieder einmal drastisch illustriert: In der Drahtseilfabrik zu Eidelstedt war nach den „Sanb. Nachr.“ der Arbeiter A. beschäftigt, der nicht dem Verbandsangehörte. Die übrigen Arbeiter forderten ihn mehrmals auf, dem Verbands beizutreten, was A. aber ablehnte. Die Folge war, daß er von seinen Arbeitskollegen schikaniert und beschimpft wurde. Als man ihn schließlich auch tötlich angriff, verließ er die Arbeitsstelle. Wegen den Mißbetrüger erstattete er aber Anzeige, der auf Grund der Beweisaufnahme vom Altonaer Schöffengericht zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde.

Ueber einen unerhörten Fall von Terrorismus berichtet auch die „Eide“. Danach legten am 18. April d. J. in Dresden etwa 30 Verbändler die Arbeit nieder, um die Entlassung eines Kollegen Sch. vom Gewerksverein der Holzarbeiter zu erzwingen. Eine Kommission wurde zum Chef der Firma geschickt, um die Entlassung des Gewerksvereiners zu fordern, während die anderen Verbändler ihre Plätze verließen. Da eilige Aufträge vorlagen, sah sich der Arbeitgeber gezwungen dem Druck der Verbändler nachzugeben, und entließ den Gewerksvereinskollegen.

Wir enthalten uns jedes Kommentars zu diesen Vorgängen und verweisen auf den Leitartikel dieser Nummer. Gerade die „Holzarbeiter-Stg.“ wird von dem zuletzt berichteten Vorgange mit besonderem Interesse Kenntnis nehmen.

Gewerksvereins-Leil.

Karlsruhe. Der Ortsverband Karlsruhe hielt am Sonnabend, den 8. April, seine erste Vierteljahresversammlung ab, die gut besucht war. Nach Verlesung der Protokolle durch den Schriftführer Rath und Erhaltung des Kassenberichts durch den Kassierer Franke erhielt Herr Schlageder das Wort zu einem Vortrage über seine Einbrüche beim Besuch der Brüsseler Weltausstellung. Redner verhandelte, in seinen 1½stündigen Ausführungen die Aufmerksamkeit der Anwesenden zu fesseln. In seiner Einleitung schilderte er zuerst seine Beobachtungen auf der Reise von Straßburg bis nach Brüssel, berichtete dann über die Sehenswürdigkeiten der Stadt und führte schließlich die Sätze

in alle Ausstellungen. Er wog die verschiedenen Kulturereignisse der einzelnen Nationen gegeneinander ab und kam zu dem Ergebnis, daß Deutschland zwar auf einer sehr hohen Kulturstufe stehe, aber dennoch noch sehr vieles zu ändern und zu bessern übrig bleibe. Wir sind aber nicht nur Deutsche, sondern in erster Linie Menschen, und deshalb müssen wir jederzeit mitarbeiten bei uns und anderswo an der allgemeinen Besserung der Zustände. Eine der wesentlichsten Aufgaben ist die Milderung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit. Die Weltausstellung habe gezeigt, was im friedlichen Wettbewerfe zwischen Kapital und Arbeit geleistet werden kann. Wieviel höher müßte deshalb die Leistungsfähigkeit noch steigen, wenn die fortwährenden inneren Kämpfe weggelassen! Leider sind wir noch weit davon entfernt. Heute will man noch Ausnahmemaße gelten lassen für die Arbeiter, die doch in erster Linie auf der Brüsseler Weltausstellung für die deutsche Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit Zeugnis abgelegt haben. Am Schluß wurde dem Redner reichlicher Beifall zuteil. Sodann überreichte der Vorsitzende dem Kollegen R. Stelten aus Anlaß seiner 25jährigen Mitgliedschaft ein Ehrengeldchen, wofür dieser dem Ausschuss in freundlichen Worten dankte. Kollege Kambach erstattete dann Bericht über die Tätigkeit des Vereins Volksbildung im Jahre 1910, dessen korporatives Mitglied wird sind. Kollege Fath berichtete über den am 19. März neu gegründeten Badischen Landeswohnungsverein, sowie auch über die letzte Kommissionssitzung zur Beratung und Unterstützung der städtischen Arbeitsnachweiskeile betr. Gehührentariffestellung der Stellenermittler. Am Schluß wurde beiden Berichterstattern vom Vorsitzenden Fath und den noch anwesenden Mitgliedern der Dank ausgesprochen. Es wurde dann noch auf den 14. Mai ein Familien-Ausflug und für den Monat Juni ein Gartenfest beschlossen, worauf in späterer Stunde die interessante Versammlung geschlossen werden konnte.

H. Fath, Ortsverbandschriftführer.

Thorn. Die Zustände in der hiesigen Drogistenindustrie lassen zurzeit recht viel zu wünschen übrig. Wohl gibt es einige Betriebe, in denen die Verhältnisse wenigstens einigermaßen erträglich sind und auch die Arbeiter für ihre berechtigten Wünsche ein gewisses Ohr finden. Im großen und ganzen aber haben letztere schwer zu kämpfen. Zu den besseren Betrieben gehört die Firma G. Wiese. Die niedrigsten Stundenlöhne in diesem Betriebe betragen 28 Pfg.; die im Abstand beschäftigten Arbeiter erzielen wenigstens einen Wochenlohn von 21 Mk. und darüber. Die Firma ist auch darauf bedacht, ihre Arbeiter möglichst gleichmäßig zu beschäftigen und stellt gleich nach Neujahr selbst auch Leute ein, die aus anderen Betrieben entlassen sind. Bei der Firma Rudenowicz u. Co. beträgt der niedrigste Stundenlohn sogar 35 Pfg. und steigt bis auf 40 Pfg.

Wenn die genannten Firmen schon besonders hervorgehoben werden, so kann man sich ungefähr eine Vorstellung machen, wie es anderswo aussieht. Zur schärfsten Kritik forbert die Firma Hermann Thomas heraus, die sich sogar rühmen kann, königlicher Hoflieferant zu sein und diesen Vorzug dadurch auszugleichen sucht, daß sie die niedrigsten Löhne in Thorn bezahlt. Hier werden die Gesellen mit 22 Pfg., die Bademeister mit 30 Pfg. Stundenlohn eingestellt. Dafür verpflichtet sich allerdings die Firma, wenn die Saison besser geht, eine Zulage von 1-2 Pfg. pro Stunde zu zahlen. Es ist wahrlich nicht zuviel gesagt, wenn man unter diesen Umständen behauptet, daß die Branche in ganz Deutschland bezahlt. Trotzdem schämt

man sich nicht, nach Weihnachten die Arbeiter 6 bis 8 Wochen beschäftigungslos zu lassen; sie verdienen ja auch so viel, daß sie diese Zeit als Rentiers leben können. Wie die Sache geradezu absurd wird, konnte man Ende vorigen Jahres erleben. Da wurde den Leuten ebenfalls die versprochene Zulage vor Weihnachten, als alle Hände voll zu tun war, gezahlt. Nach Weihnachten aber wurden die Leute, wie geschildert, auf 6-8 Wochen zu unfreiwilliger Pause verurteilt, und als sie dann wieder eingestellt wurden, da schaute man sich nicht, ihnen nicht nur die vorher bewilligte Zulage, sondern das Doppelte vom Lohn abzuziehen. Dadurch kam es vor, daß die Gesellen mit 20 Pfg. und die Bademeister mit 28 Pfg. Stundenlohn bezahlt wurden. Die Zulage war also lediglich Nebenlohn. Der einzige, der davon einen Vorteil hatte, war die Firma selbst. Aber auch sonst geben die Betriebsverhältnisse dieser Hoflieferantenfirma Anlaß zu Klagen. Ein Beamter schämt sich nicht, die weiblichen Arbeiter, wenn sie auf den Vorratsraum nach Ware hinausgeschickt werden, in unästhetischer Weise zu belästigen. Die Arbeiterinnen, die sich gegen seine Zärtlichkeiten zur Wehr setzen, müssen gewärtig sein, daß ihnen beim geringsten Versehen Strafen addiert werden. Dabei haben die Arbeiterinnen vielfach nur einen Stundenlohn von 9-10 Pfg. Um so schärfer verurteilt werden muß das Verhalten eines solchen Vorgesetzten, der seine Macht in der geschilderten Weise mißbraucht. Es fehlen die parlamentarischen Ausdrücke, um ein solches Vorgehen gebührend zu kennzeichnen. Zu wundern braucht man sich darüber freilich nicht, da selbst der Chef den Arbeitern gegenüber Nebenarten gebraucht, die überhaupt hier nicht auch nur andeutungsweise wiederzugeben werden können. Unbedingt muß verurteilt werden, in alternativer Zeit hier Handel zu schaffen, und die Firma möglichst zum Abschluß eines Tarifvertrages zu bringen. Das wird am ehesten erreicht werden, wenn die Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit erwachen und sich alleamt der Organisation anschließen. Nur dann können solche Betriebe gezwungen werden, menschenwürdige Zustände zu schaffen und den berechtigten Wünschen der Arbeiter Gehör zu schenken. Möge deshalb die Hilfeleistung dazu beitragen, den Indifferenten die Augen zu öffnen und sie zu veranlassen, in den Gewerbeverein der Deutschen Konditoren einzutreten! E. J. D.

Verbands-Zeil

Gewerbeverein der Deutschen Konditoren, Pfefferkuchler, Bäcker und verwandten Berufsgenossen (S. D.).

Sonntag, den 30. Juli 1911, vormittags 9 Uhr, findet der

IX. ordentliche Delegiertentag

statt im Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine zu Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.

Der Hauptvorstand:

J. A. Otto Rudolph.

Besammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerbevereine (S. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine, Greifswalderstr. 221/23. Mittwoch, 3. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, Vortrag des Koll. Gleichauf über: "Freie Gewerkschaften". Voligabl. Erscheinen erw. Gäste willk. - **Gewerbevereine-Liebetafel (S. D.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Liebungstunde i. Verbandshaus, der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste willk. -

Orts- und Bezirksverbände.
Berlin (Konditoren). Dienstag den 2. Mai, abds. 9 Uhr, im Königsplatz-Kaffeehaus, Holzmarktstr. 72. - **Gotthaus** (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Ganske, Sandowstr. 49. - **Duisburg** (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Jansen, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsklub. - **Häffelhof** (Volkswirtschaftsklub). Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandshaus, Kurfürstend. 29. - **Sitzung.** - **Elsfeld-Barmen** (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Elsfeld, Kuffenstr. und Erholungstr. 66. - **Seisenficken** (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband. Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal C. Simon, Alter Markt. - **Haarlem b. Maaßen**. Jeden 3. Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Ludewig. - **Halle a. S. (Ortsv.)**. Der Distriktsklub find. jed. 1. Sonntagabend i. Monat i. Passagestr. 87. - **Hamburg** (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poststr. 18. - **Herslohn** (Distriktsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Janber, Oststr. - **Röln** (Ortsverband). Donnerstag, 4. Mai, in der Erholung kombiniert Vertreter- und Vorstandssitzung (sämmtlicher Ortsvereine). Tagesordnung: Die endgültige Regelung der Stellungfrage. Rassenbericht. Bestimmung der nächsten Ortsverband. - **Verammlung.** - **Leipzig** (Gewerbeverein - Liebetafel). Die Liebungstunden finden jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal "Stadt Hannover", Seeburgstr. 25. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind sehr willkommen. - **Leititz** (Sängerkorps der Gewerbevereine). Die Liebungstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal "Rebel", Poststr. 5. Gäste. Stimmbegabte Kollegen sind sehr willk. - **Regel** (Distriktsklub für Regel, Forstwald und Reindendorf). Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Reiner, Berlinerstr. 88. Gäste willkommen. - **Thorn** (Konditoren). Dienstag den 2. Mai, Versammlung bei Nicolet, Maurer-Strasse Nr. 62. - **Thorn** (Bäcker). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolet, Maurerstr. 62. - **Weselsenfeld a. S.** (Sängerkorps der Gewerbevereine). Liebungstunde jeden Dienstag, abds. 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal "Schweizerhaus", Schützenstraße. Gesangsübende Gewerbevereinskollegen sind willkommen. - **Weselsenfeld** (Distriktsklub der Gewerbevereine) Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Ref. "Schweizerhaus".

Literatur.

Einige neuere Bücher und Broschüren.
Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.
Entstehung, Organisation und Tätigkeit des Zentralarbeitsnachweises für den Bezirk der Kreisbauernschaft Dresden. Von Dr. rer. pol. Graad. Verlag von C. Heinrich, Dresden-R.
"Natur und Erziehung". Monatschrift zur Verbreitung und Pflege der Naturwissenschaften in Schule und Haus. Herausgeber: Dr. Dr. Danemann. (Französische Verlagshandlung, Stuttgart.) Vierteljährlich 1,50 Mk.
Die Konkurrenzkaufel. Geldendes Recht und legislative Verordnungen. Von Dr. Otto Cantor. Verlag Franz Siemertsch, Berlin SW. Preis 1,20 Mk.
Das Preussische Einkommensteuergesetz. (Arbeiter-Bibliothek 13. Heft.) Verlag der Deutschen Arbeiter-Zeitung, G. m. b. H., R. Gladbach. Preis 0,30 Mk.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Praktische KONTORMÖBEL
eigener Fabrikation
Reinheit: Afrikandermöbel und Gesundheitsputz
Glogowski-Karlshof, Glogowski-Vorkal-Registrator
Glogowski & Co.

Elbing (Ortsverband). Durchreisende Ortsvereinskollegen erhalten in der Herberge am Rosenkranzplatz 75 Pfg. bei H. J. M. Hermann, Zhalstraße 36.

Legnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen beim Ortsverbandskaffeehaus Wilhelm Krause, Glogauerstraße 58. Verkehrslokal, Prinz v. Preußen, Glogauerstr.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge, "Zur Heimat" freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Heuigel in Stelzners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Primslanau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterbringung. Markenausgabe beim Koll. R. Adam, Glogauerstr. 18.

Hannover und Umgebung (Ortsverband). Durchreisende Gewerbevereinskollegen aller Berufe erhalten Nachtquartier und Verpflegungskarten hierzu bei Karl Hebel, Hirschenstraße 32 A I.

Gotthaus (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Werte von 75 Pfennig bei allen Ortsvereinskollegern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskaffeehaus, Kollegen R. Brunzel, Gartenstraße 1.

Biberaich a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten eine Anweisung für Abendbrot, Nachtquartier und Frühstück bei den Ortsvereinskollegern. Herberge und Arbeitsnachweis im Gasthaus zum "Roten Dafen", Marktplatz.

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterbringung. Robert Egenter, Schramberg, Uhlendstr. 18.

Veroinbedarf, Fabrik, Abzeichen, Theaterdekorationen.
Haupt-Liste 160 best.
Wilhelm Hamann,
Düsseldorf, Fabrikstr.

Stadeberg (Ortsverb.). Durchreisende Ortsvereinskollegen erhalten die Anweisung für das Ortsverbandskaffeehaus beim Ortsverbandskaffeehaus A. Habedank, Neustraße 10 L.

Potsdam (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsvergütung bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Die im Verein der Deutschen Kaufleute (S. D.) organisierten Handlungsgehilfen und Gehilfen erkranken seit Jahren die völlige Sonntagstube für das Handelsgewerbe. Gewerbevereine, unterstützt unsere Verbandsgenossen im Kampfe um die Verhütung der Arbeitszeit!

Kein Gewerbevereiner kauft Sonntags!

Veranstalte jeder seine Familienangehörigen, Einkäufe nur an Wochentagen zu besorgen!